

Der Maler

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erscheint Sonnabends. Bezugspr. 3 M., u. Kreuzb. 4 M. vierteljährlich. Schriftl. u. Geschäftsst.: Hamb. 36, Alter-Terrasse 10. Ffpr.: 44 28 86. Postsch.: Vermögensverw. d. Verb. Hamb. 11598
46. Jahrgang Hamburg, 19. November 1932 Nummer 47

Der neue Reichstag, was nun?

Das Wahlergebnis des 6. November wurde schon im „Maler“, Nummer 46, bekanntgegeben. Es hat sich daran nichts Wesentliches mehr geändert. Von den etwa 44 Millionen Wahlberechtigten haben 35,5 Millionen, das sind über 79%, von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Die Hoffnung Papens, daß große Wählermassen wahlmüde geworden, zu Hause bleiben würden, um ihm den Vorwand für die Behauptung zu liefern, daß das deutsche Volk nichts mehr von Parteien und Parlamentarismus wissen will, hat sich nicht erfüllt.

Aber auch sonst kann der Wahlausgang die jetzige autoritäre Regierung nicht befriedigen. Nur etwa 10% aller Wähler haben sich zu ihr bekannt, am 31. Juli waren es 7%; 90% stehen zu ihr im Gegensatz. Der gewollte Einbruch in die Marxische Front ist völlig mißlungen, denn Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen lehnen ungeschwächt in den Reichstag zurück. Wenn Papen trotzdem in der Öffentlichkeit erklärt, mit dem Ausgang der Wahl sehr zufrieden zu sein, so ist das wohl nur im Hinblick auf die Zusammensetzung des Reichstages, die diesen fast arbeitsunfähig erscheinen läßt, der Fall, und deshalb, weil Nationalsozialisten und Zentrum nun keine Mehrheit mehr im Reichstage haben.

Sein Versuch, die Nazis, Deutschnationalen, das Zentrum und eventuell noch kleinere Parteigruppen zu einer Regierung der nationalen Konzentration zusammenzubringen, scheint von vornherein zum Scheitern verurteilt, nachdem der Oberstfeldmarschall in energischer Weise erklärt hat, daß es kein Paktieren mit Papen gibt. Ob das allerdings das letzte Wort ist, darf vielleicht bezweifelt werden, denn es hat in der Politik bekanntlich schon oftmals Überraschungen gegeben und viele Nationalsozialisten sind besonders wandlungsfähig.

Das hervorstechendste Merkmal dieses Wahlkampfes ist das Zurückdrängen der Nationalsozialisten. Sie erhielten über zwei Millionen Stimmen weniger und verlieren 34 Mandate. Bemerkenswert ist dabei noch, daß der größte Rückgang in der Stimmenzahl in den Ländern eintrat, wo die Nazis seit längerer oder kürzerer Zeit in der Regierung sitzen, dort hat man also schon gemerkt, wie wenig die Nazis ihre Versprechungen erfüllen können. Nachdem der Presseschef des „Dritten Reichs“ noch kurz vor der Wahl aus seinen Wahrnehmungen in den Versammlungen der NSDAP, „den größten und eindruckvollsten Sieg“ voraus sagte, mag die Ernüchterung in jenen Kreisen recht groß gewesen sein. Der Siegeszug dieser aus Lüge und Phrase zusammengesetzten Partei ist so gründlich zum Stehen gekommen, daß sicher noch mehr ihrer enttäuschten Wähler desertieren werden. Mit der Eroberung der Macht auf legalen Wege ist es nicht nur vorläufig, sondern endgültig vorbei.

Dies erreicht zu haben, ist das Verdienst der Sozialdemokratischen Partei und der Eisernen Front. Ungeachtet der vorauszu sehenden Opfer war ihre Taktik nur darauf eingestellt, Hitlers Siegeszug zum Stehen zu bringen und ihm die Übernahme der Macht unmöglich zu machen. Daher die Solerierung Brünnings und die Stimmenabgabe für Hindenburg, deshalb der Wahlkampf mit der Frontstellung vor allem gegen die Nazis. Sie hat dieses Ziel allerdings mit dem Verlust von 700 000 Stimmen und 12 Mandaten erkaufen müssen. Aber dieser Verlust ist nicht umsonst hingenommen worden; ein Blick nach Italien, wo jede freiheitliche Regierung der Arbeiterschaft erstickt ist, zeigt es. Natürlich kommen auch noch andere Momente für den Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen in Betracht. Wie schon bei den letzten Wahlen, ergoß sich wieder eine ungeheure Flut von Lügen und Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie, die für alles Ungenüge in der Welt verantwortlich gemacht wurde. Obwohl es eine rein sozialdemokratische Regierung seit 1918 nur drei Monate lang gegeben hat, und seit vier Jahren kein Sozialdemokrat mehr in der Reichsregierung sitzt, wird immer wieder von einer vierzehnjährigen Herrschaft der SPD. geschwafelt. Leider fällt mindestens

ein Teil der Wähler immer wieder auf derartige Schwindeleien herein.

Für die Kommunisten lagen die Verhältnisse von vornherein günstig. Die ungeheure Verelendung der breiten Massen, noch erhöht durch die Papen-Notverordnungen der letzten Zeit, ließ eine Verzweiflungstimmung aufkommen, die in einer Radikalisierung der Wähler ihren Ausdruck fand. Papens Wandeln auf den Wegen Wilhelm II., der auch gern vom Zerplatzen der roten Bombe gegenüber den Kommunisten, hat dann sein übriges getan. So konnte die Kommunistische Partei einen Gewinn von fast 700 000 Stimmen und 11 Mandaten buchen. Leider kommt dieser Gewinn für eine Auswertung in praktisch proletarischem Handeln nicht in Frage. Daneben haben dann noch die Deutschnationalen einen Auftrieb bekommen, weil sie einen Teil der den Nazis verlorengegangenen 2 Millionen Stimmen aufzufangen konnten. Ihre Mandate erhöhten sich von 37 auf 51, während der Rest der Nazistimmen teils den Kommunisten zugute gekommen ist. Auch die Deutsche Volkspartei konnte etwas aufholen, sie hat statt 7 Mandate im

alten Reichstag, jetzt 11 Mandate. An Stimmen eingebüßt haben auch Zentrum, Bayerische Volkspartei und Staatspartei. Ein Teil der Einbußen kann aber auf das Konto der geringeren Wahlbeteiligung geschrieben werden.

Was wird, ist völlig ungewiß. Aber wie sich auch die politische Situation in Deutschland im Laufe der nächsten Wochen gestalten wird, feststeht, daß die Gewerkschaften einen schwierigen Stand haben werden. Bleibt die Papen-Regierung, so werden, das haben schon die bisherigen Maßnahmen dieser Regierung gezeigt, der Arbeiterschaft weitere Lasten aufgebürdet, so daß schwere Konflikte nicht ausbleiben; kommt es zur Bildung der Schwarz-blau-braunen Regierung, dann dürfte die Situation der Gewerkschaften keinesfalls eine bessere sein. Das gleiche wäre der Fall, wenn es zu der von bürgerlicher Seite befürchteten „Verbrüderung“ von Sowjetern und Hakenkreuz käme, eine Möglichkeit, die aber vorläufig wohl nur theoretisch gegeben ist.

Ziehen wir die Lehre aus dem hinter uns liegenden Kampfe, daß wir auf uns selber angewiesen sind und sich darum die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation als unabwiesbare Notwendigkeit ergibt.

Kulturaufgaben der Gewerkschaften

Von Theodor Seipert

Die Arbeiterschaft war in der Vorkriegszeit fast ohne Anteil an der Kultur. Diese war vielmehr auf die Oberklasse zugeschnitten. Gelehrte, Beamte, Richter, Industrielle, sie alle waren erklüftet und schauten mit geringe Schätzung auf die werttätige Arbeit. Unsere Arbeiterschaft sah daher hinter der Ideologie, hinter den Bildungs- und Kulturinteressen dieser Kreise nur den trassen Macht- und Besitzstandspunkt. Es fehlte an jeglicher Volksbildung. Es fehlte darum aber auch an einer Staatskunst, die ein Volk in kritischen Zeiten zu führen vermochte.

Wenn wir uns dieses Bild der Vergangenheit vor Augen halten, so möchten wir fast glauben, daß es eine Schilderung dessen ist, was seit den letzten Wochen unserer Geschichte wieder anzubrechen scheint. Weite Teile des Bürgertums glauben, in dieser neuen Staatspolitik ihre bürgerliche Kulturauffassung zu retten. Wie weit ist das aber alles von den Idealen entfernt, die in der Freiheitsbewegung zu Beginn des 19. Jahrhunderts vom Bürgertum verkündet wurden. Wie weit entfernt von dem Geist eines Fichte, der zuerst die Forderung einer Volksbildung aufstellte, die diesen Namen wirklich verdiente, einer Bildung, die nicht mehr den hochmütigen Unterschied eines gebildeten Standes von einer in bloßer Erwerbsarbeit aufgehenden Schicht duldet, die nicht mehr Bildung als das Vorrecht irgendeiner Gruppe innerhalb der Nation betrachtet. Was ist aus diesen hohen Zielen eines Fichte geworden?

Seitdem das Großbürgertum seine Herrschaft angetreten hat, ist eine betäubende Wandlung in der Stellung der Intellektuellen zum Volke eingetreten, die im großen und ganzen auch in der Nachkriegszeit noch fortbestand und in der Reaktion unserer geistig gerichteten Kreise geradezu erschreckende Formen angenommen hat. Wo sind die Männer heute, die wie Fichte die Aufgaben einer wahren und umfassenden Volksbildung aufzeigen?

Wir sind arm an solchen Männern und brauchen sie dringender als jemals. Wir stehen erschrocken vor der Uninteressiertheit unserer gebildeten Kreise, die zum größten Teil sich der Reaktion anschließen, anstatt mit uns das geistig zu unterbauen, was von uns an sozialen Reformen erreicht worden ist. Sie bleiben an ihre sozialen Schichten gebunden. Sie stehen nicht zur Arbeiterschaft, als wir sie so dringend brauchen. Sie haben am wenigsten Grund, uns heute vorzuwerfen, daß von uns in der Nachkriegszeit nicht genug geschaffen worden sei. Was wir geschaffen haben, haben wir aus eigener Kraft schaffen müssen, und wir sind stolz darauf.

Es ist nur zu erklärlich, daß angesichts dieses Aufstrebens der untersten Klasse, die aus dem Glend kapitalistischer Anfänge sich entwickelte und jahrhundertalte soziale Gruppen in ihrer Machtstellung erschütterte, sich die bestehenden und bisher regierenden Gruppen zum Kampf zusammenschlossen, um ihre Vorrechte zu festigen oder wiederzugewinnen.

Die Demokratisierung auf dem Gebiete der Politik und der Sozialpolitik bewirkt eine ganz andere Anteilnahme der Arbeiterschaft an allen

öffentlichen Fragen als früher. Was bisher das Vorrecht kleiner Gruppen war, wurde nunmehr zur Aufgabe aller Glieder unseres Volkes. Es ist der Kulturfortschritt des 20. Jahrhunderts, daß die werttätigen Schichten sich ihre Mitarbeit am öffentlichen Leben und damit auch ihre Anteilnahme an den Kulturwerten erkämpft haben. Es bleibt ein großes Versäumnis der Nachkriegszeit, daß es nicht gelungen ist, mit dieser Entwicklung eine grundlegende Umgestaltung unseres gesamten Bildungswesens herbeizuführen. Und hier liegt die Schuld bei den intellektuellen Schichten, die den Geist der Zeit nicht verstanden haben. Das große Ziel, das unser Staat sich hätte stellen müssen, die Arbeit in all ihrem Reichtum moderner Vielgestaltigkeit zum beherrschenden Mittelpunkt des Bildungswesens zu machen, ist kaum in Angriff genommen worden. Die alten Institute blieben in ihrem Wesen unangreifbar.

Darum sind unsere Bildungsstätten, vor allem unsere Universitäten, nicht Ausdruck der sozialen Umgestaltung und einer neuen Kulturgemeinschaft. Darum übernehmen sie nicht die Rolle im öffentlichen Leben, eine neue Zeit mit neuer geistiger Kraft vorwärts zu treiben. — Weil unser öffentliches Bildungswesen verfaßt hat, galt es für uns, ein eigenes Bildungswesen mit neuen Bildungsidealien auszubauen. Hierzu soll diese zentrale Bildungsstätte in Bernau die Grundlagen schaffen. Hier werden wir unsere Erfahrungen sammeln, um dann die örtliche und bezirkliche Bildung zu vertiefen.

Verkennen wir nicht, wie die Erfolge der Reaktion sich in der Arbeiterschaft auswirken müssen! Es vollzieht sich ein neuer Bruch mit Staat und Wirtschaft, der um so gefährlicher ist, als die Enttäuschung über die vergangenen Jahre die Massen innerlich auf das schwerste erschüttert hat und vielfach keine neue Hoffnung mehr hochkommen läßt. Der Glaube an die Gerechtigkeit, an eine menschliche Ordnung überhaupt, ist ins Wanken gekommen. Das Vertrauen geht immer mehr verloren. Damit setzt eine Neigung zur niederreißenden Kritik ein, zur Ratlosigkeit und zum Radikalismus. Kultur-bolschewismus treiben also diejenigen, die für solche Rückschläge in der sozialen Entwicklung die Verantwortung tragen.

In dieser Zeit bieten die Gewerkschaften dem Arbeiter den einzigen Halt. Ihre Ideen und Ideale sind es, die ihm trotz der Unsicherheit der Zeit die Kraft geben, sich innerlich zu behaupten. Ohne unsere Arbeit wäre das Chaos in Deutschland längst da. Die Bedeutung, die die Gewerkschaften damit erneut gewinnen, zwingt uns, unsere Kulturarbeit zu überprüfen und zu den großen Fragen des kulturellen Lebens überhaupt Stellung zu nehmen.

Weite Kreise unseres Volkes zweifeln heute an dem Sinn des technischen Fortschritts und greifen die Gewerkschaften an, weil sie sich zu ihm bekennen. Aber man vergißt hierbei oft, daß es nicht die Technik an sich ist, sondern die Wirtschaftsform, in der die Technik verwendet wird, die den Menschen degradiert. Wir

wollen, daß die Technik noch ganz anders als heute den Menschen von den Lasten des Lebens befreit.

Wir sind überzeugt, daß erst in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung die Technik sich voll zum Nutzen der Menschen entfalten kann. In ihr werden der Erfinder und der Entdecker nicht an das Interesse kapitalistischer Machtgruppen gebunden sein, sondern wie alle großen Erfinder es wollen, ihre Erfindungen wirklich zum Wohle der Allgemeinheit verwenden und darum auch auf den Schutz und die Hilfe der Gesellschaft rechnen können.

Man wirft uns Arbeitern oft vor, wir seien materialistisch. Man sieht oder erkennt nicht, daß wir die Wirtschaft in den Zusammenhang des ganzen Lebens einordnen wollen, daß die Wirtschaft die Aufgabe hat, dem Menschen zu geben, was er braucht. Gerade die Schichten, die uns Materialismus vorwerfen, haben die Wirtschaft zum Selbstzweck gemacht. Wir wollen sie in den Dienst unserer Kulturideen stellen.

Man wirft uns weiter vor, daß wir nicht national seien. Nun, wir wissen sehr wohl, daß alle Kultur auf nationalen Grundlagen erwächst. Uns sind Heimat und Geschichte Werte, deren Bedeutung für unser Volk wir aufs höchste schätzen.

Keine soziale Schicht kann sich der nationalen Entwicklung entziehen. Auch wir haben es nicht getan, als wir im Weltkrieg bis zu dem traurigen Zusammenbruch für unser Vaterland gekämpft haben, als wir 1918 die ganze Last des zusammengebrochenen Reiches auf uns genommen haben und seitdem eine Aufbauarbeit leisteten, die in der Geschichte einmal eine ganz andere Bewertung erfahren wird, als es in dieser Zeit der politischen Verwirrung geschieht.

Wir haben für unser Volk Opfer gebracht. Wir taten es im Kriege. Dafür legen so manche mannhaften Worte von Karl Legien das beste Zeugnis ab. Wir taten es im Kampfe gegen den Separatismus im Westen und in der Zeit des passiven Widerstandes im Ruhrkampf. Wir haben alles unterstützt, was unser Volk frei und wirtschaftlich wieder gesund machen sollte. Wir wehren uns aber dagegen, daß der nationale Gedanke mit dem aristokratisch-kapitalistischen System gleichgestellt wird. Die überkommene Ordnung ist uns zu eng. Sie ist nicht imstande, unsere Forderungen nach einem menschenwürdigen Dasein der Arbeiterschaft zu verwirklichen.

Unsere Arbeit ist Dienst am Volke. Sie kennt den soldatischen Geist der Einordnung und der Hingabe für das Ganze. Wir sind Antimilitaristen und bekennen es ganz unzweideutig. Wir wehren uns aber dagegen, als Pazifisten zu gelten, die kein Gefühl für unsere Ehre und für die Interessen unseres Volkes hätten. Wir sind Kämpfer und keine schwächlichen Verständigungspolitiker. Wir sind keine Kompromisnaturen trotz unserer praktischen Einstellung. Wir sind keine Opportunisten trotz unserer Gegenwartsaufgaben.

Wir führen unseren sozialen Kampf im Interesse der Nation. Wir führen ihn, im Sinne der Zusammenarbeit der Völker. Aus diesem Grunde wehren wir uns auch gegen jede nationalistische Verengung. Die jüngsten Kämpfe beim Rundfunk, Film und Theater gegen künstlerische Kräfte aus dem Auslande lehnen wir entschieden ab. Die besten Geister, auf allen Kulturgebieten, sind nicht an die eine oder andere Nation gebunden. Es war der Stolz der Fürsten in früherer Zeit, Kräfte heranzuziehen, wo sie in der Welt auch stecken mochten, um sie für die deutsche Kultur fruchtbar zu machen. Ich erinnere an Goethes weltbürgerliche Haltung und an die Freundschaft Friedrichs des Großen mit Voltaire. Die führenden Kräfte unserer Gewerkschaftsbewegung waren national eingestellt, sie sahen darüber hinaus aber auch den weiten weltumspannenden Gedanken der Menschheit. Im Gebiete des Geistigen und Schöpferischen gibt es keine Ausländer, erkennen wir auch keine Klassenbeschränkungen an.

Wir sehen die deutsche Sendung darin, daß wir dieses Verständnis für die schöpferischen Kräfte in anderen Ländern immer wieder aufbringen. Uns sind unsere kulturellen Institutionen zu schade, irgendwelchen beschränkten Kräften sichere Positionen zu bieten. Wir wollen vor allem nicht, daß unsere kulturellen Einrichtungen nur für kleine privilegierte Gruppen da sind.

Als Gewerkschaften gehen wir auch über die Parteienbildung hinaus. Wir führen unseren sozialen Kampf der Verfassung gemäß mit politischen Parteien. Wir führen ihn vor allem mit der Sozialdemokratischen Partei, die sich bisher am meisten bemüht hat, unsere Ideen auf dem Wege der Gesetzgebung zu verwirklichen. Unsere Bestrebungen gehen jedoch über jede enge Parteigebundenheit hinaus. Wir sind zu sehr auf das Ganze gerichtet, um Parteifesseln zu tragen.

Unsere Gegner berufen sich nicht nur auf Heimat und Nation, sondern auch auf das Christentum. Sie fordern eine staatliche Kulturpolitik, die ihnen helfen soll. Sie wollen die politische Situation ausnutzen, um der christlich-konservativen Sache auf diese Weise zu helfen. Es dient der religiösen Sache keineswegs, wenn die heutige Reaktion sich christlich tarnt. Wir warnen vor einer solchen Entwicklung auf Grund der Erfahrungen der Geschichte. Wir warnen

Achtung! Werbepreisausschreiben!

Durch Beschluß des Verbandsvorstandes ist das für die Werbung von Lehrlingen geltende Werbepreisausschreiben verlängert. Es gilt in genau derselben Form für alle Verbandskollegen, wie es in Nr. 19 des „Maler“ und Nr. 5 der „Malerjugend“ veröffentlicht ist — weshalb auf einen nochmaligen Abdruck verzichtet wird —, mit der Maßgabe, daß die in den sechs Preisstaffeln aufgeführte Anzahl von Lehrlingen in der Zeit vom 1. August 1932 bis zum 31. Januar 1933 geworben sein muß, um der Preis teilhaftig zu werden.

Damit ist vielfachen Wünschen aus den Reihen der Kollegenschaft Rechnung getragen. Mögen sich die daran geknüpften Erwartungen erfüllen.

Auf zur Lehrlingswerbung!

auch im Interesse der religiösen Empfindungen unserer Mitglieder. Die Kirche erweist sich keinen Dienst, wenn sie sich dazu hergibt, die politische Entwicklung rückwärts zu richten.

Wir fordern Freiheit des Bekenntnisses. Wir betonen aber auch, daß unsere kulturpolitischen Forderungen von den stärksten Impulsen der menschlichen Befreiungsbewegung getragen sind, wie sie sich seit Jahrhunderten in der Emanzipation der europäischen Menschheit von kirchlich-lexikalen Bindungen auswickelt. Die Wendung von einer im Jenseits verankerten zu einer die irdische Gegenwart behandelnden Haltung gibt unserer Kulturarbeit den tiefsten Sinn.

Aus dieser Wendung folgt unsere leidenschaftliche Forderung nach sozialer Gerechtigkeit, folgt unsere Bejahung der Lebensfreude, für die wir die Voraussetzungen schaffen wollen. Sie hält uns andererseits nicht ab, ehrfurchtsvoll vor den Toren des Ewigen zu stehen, die unserer menschlichen Erkenntnis verschlossen sind, und die Mächte zu schützen, die sich um diese letzte große Lösung von endlichem Dasein und unendlichem Weltgeschehen bemühen.

Unser Arbeitsrecht ist Menschenrecht. Unser Lohnkampf ist ein Befreiungskampf. Der Kampf um die Rechtsgrundlagen, den wir gegen die letzten Not-

verordnungen der Reichsregierung führen, geht nicht nur um materielle Interessen.

Wir wollen Lebensfreude und Lebensgenuss für alle. Wir wollen, daß sich die besten Kräfte in unserm Volke zur geistigen und künstlerischen Freude erheben. Wir suchen die Lebensfreude in unserm Wirken, wo es auch immer geschieht. Wir suchen sie nicht zuletzt in der Pflichterfüllung.

Wir stehen in großen Auseinandersetzungen und vor schweren Entscheidungen. Wir wollen positive Arbeit in der Gegenwart. Wir hängen keinen Träumen nach. Aber unser Blick ist weiter gerichtet auf eine neue Ordnung, die in nicht zu ferner Zeit kommen muß. Wir bekennen uns zur revolutionären Idee, weil wir die Erkenntnis haben, die die besondere Lage uns unumverstehtlich aufzwingt, daß unsere besten Ziele nur in einer neuen Ordnung verwirklicht werden können.

Verkehrsarbeiterstreik in Berlin

In den ersten Tagen des November kam es in Berlin zu einem Streik, an dem rund 22.000 Verkehrsarbeiter beteiligt waren. Dieser Streik hat berechtigtes Aufsehen erregt. Wie ist es dazu gekommen? Nachdem Kommunisten und Nazis wieder einmal vom Verrat der Gewerkschaften faheln, sei dazu einiges gesagt.

Die eigentliche Ursache der Differenzen zwischen der BVG (Berliner Verkehrs-Gesellschaft) und den bei ihr beschäftigten Arbeitern ist die Notverordnung vom 5. September, durch die die Tarifabmachungen für alle in öffentlichen Betrieben und Gesellschaften Beschäftigten der Prüfung und Beanstandung durch die Regierungsstellen unterworfen wurden, mit der Maßgabe, daß Rechtsmittel der Gewerkschaften gegen die behördlichen Beanstandungen ausgeschlossen wurden. Außerdem mußten nach der Notverordnung alle Löhne in den öffentlichen Betrieben einschließlich der Verkehrsbetriebe den Löhnen der Reichsarbeiter beziehungsweise der Reichspostarbeiter gleichgestellt werden. Bisher war es den zuständigen Organisationen gelungen, einen Lohnabbau der Verkehrsarbeiter in Berlin abzuwehren. Nunmehr sollte aber auf Drängen der Direktion der BVG eine Neuregelung der Löhne erfolgen. Es wurde zunächst eine Kürzung der Löhne von 14 bis 23 % pro Stunde gefordert. In mehreren Verhandlungen gelang es aber den Vertretern der Gewerkschaften, ein Ergebnis zu erzielen, nach dem vom 1. November 1932 an eine Senkung der Stundenlöhne um 2 % eintreten sollte. Die bisherigen sozialen Zulagen sollten unverändert bleiben.

Wie schon sooft, fielen die Kommunisten, diesmal verstärkt durch die Nationalsozialisten, der Verhandlungskommission in den Rücken. So stimmten in einer Aufsichtsratsitzung der BVG die kommunistischen Vertreter gegen den Antrag der Sozialdemokraten, nach dem die Direktion im letzten Stadium der Verhandlung beauftragt wurde, auf der Grundlage der bisher geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhandeln. Da die bei der BVG beschäftigten Arbeiter nur zu einem Drittel organisiert sind, lehnten es die Funktionäre der freien Gewerkschaften ab, allein die Verantwortung für die endgültige Entscheidung zu tragen. Es wurde sodann eine Abstimmung in den Betrieben durchgeführt. Das Ergebnis brachte aber keine sagemäßige Mehrheit für den Streik, auch keine Mehrheit für die Annahme des Verhandlungsergebnisses. Zweifellos wäre es richtig gewesen, nunmehr weitere Verhandlungen einzuleiten. Statt dessen aber verleiteten die Kommunisten und Nationalsozialisten die Arbeiterschaft zur sofortigen Arbeitsniederlegung. Es ist selbstverständlich, daß dabei im großen und ganzen nicht gewerkschaftliche, sondern politische Gründe maßgebend waren. So schrieb die „Rote Fahne“ am 3. November: „Der Streik richtet sich formell gegen einen Lohnabbau von 2 % die Stunde... aber es geht um mehr als das.“

Eine seltsame Spritzblase

Vom Himmel hoch, da kam es her, ununterbrochen, einmal wie von eifrigen Waschfrauen aus Eimern gekippt, dann zur Abwechslung wie durch eine Spritzpistole recht angenehm direkt in die Büchse gesprüht; einmal in Bindfadenform und das andere Mal in unverschämte dicken, fetten phlegmatischen Krokodilstränen.

Keine lieben Mitmenschen und Zeitgenossen ließen, zugeknöpft bis zur Halsbinde, in wasserdichten Mänteln und mürbischen Gesichtern insolge der schlechten Aussicht ohne Absicht gegeneinander, schimpften oder entschuldigend sich je nach Quantität, Qualität, Alter und Geschlecht.

Ich fügte mich so gut es gehen wollte harmonisch in dieses Stimmungsbild ein. In der einen Hand schwang ich meinen mit der Zeit unansehnlich gewordenen Regenschirm, der die lobenswerte Eigenschaft besitzt, mich von oben bis unten anzufeuchten, und in dem andern Paßhändchen das sonst ja bloß unnützlich nebenher baumeln würde, rierte ich als Mann von Rang und Stand eine leider etwas feucht gewordene und daher einstweilen ausgegangene Freimaurerzigarre, Marke Kollfusscher, aus der Markthelfertrinkgeldersifte.

Und ausgerechnet an solchen Tagen, wo der Bettzipfel Stuhlkonferenzen mit uns abhalten möchte, wo man sowieso schon beinahe zu spät kommt, ausgerechnet an solchen Tagen treten einem unvollkommene und vergessliche Menschen in fast regelmäßigen Abständen in den Weg mit dem Ersuchen: „Ach, entschuldigen Sie, dürfte ich um ein klein wenig Feuer bitten?“

Dürfen tun Sie das schon, Sie brauchen sich deshalb auch nicht zu entschuldigen, aber wie Sie sehen, genieße ich meine Zigarre als Kompott. Versuchen Sie es doch einmal. Ich habe Ihnen — eine Delikatessen. Einfach praktisch und — parjam Auf Wiedersehen!“

Nach ein paar Schritten nähert sich schon wieder so ein sehr verdächtiger und miserabler Feueranbeter. Ich empfinde über die Straße, direkt einem andern ausgegangenen Zigarrenstummel, der nebenbei bemerkt, wie ein Stein ausfiel, in die Quere. Da nast als rettender

Engel die Straßenbahn, mit einem leider abweisenden Schild: Befest!

Resigniert schicke ich mich in das Unvermeidliche, und zerweicht komme ich auf der Arbeitsstelle an.

„So ein Schweinewetter!“ leucht Meister Suppengrün, mein augenblicklicher Brotentzieher, schüttelt sich wie ein Pudel, daß die Funken sprühen und wickelt sich aus seinen mürbe gewordenen Eierchalen.

Ihm auf dem Fuße folgt Fris, der Koffelentferner unseres zweirädrigen Perpetuum mobile, mit seiner löblährigen unbeschwertem Altgefellenmiene, kippt seine Schuhe in den Ausguß und meint:

„Ich glosse, es rüchend! Bei eenem eenzgen Haare wäre ich noch nach geworden.“ Dann macht er im Rücken der leeren Wohnung ein Feuerchen an, und wir hängen uns in allernächster Nähe auf.

Also Quiesch, hörn Se mal druff! Das Schlafzimmer, das wir gestern so rosagrünlich eingestrichen haben, soll so ähnlich wie Seide wirken, so wie Atlasbergseide, und das werden wir mal mit Sprizen zu erreichen versuchen. Haben Sie schon gespritzt? Naja, also, da sprizen wir mal stärker, mal schwächer, — ich bin mir nur nicht klar, sprizen wir mit Farbe oder mit Bronze. Farbe is am Ende billiger.

„Haben Sie denn einen Sprizapparat? — In das kostet noch 10 % Lohnzuschlag“, warne ich.

„Ja, ich habe so ee Ding mitgebracht. Es kostet 35 \$, was man bloß egal für Ankosten hat. In Zuschlag wollu Se och gleich wieder hammt? Sie sind ein schredlicher Mensch!“

Er zeigt mir ein Beziertröhrchen. „Na, jezer Sie nur mal eene Probe an, damit ich mich dann danach richten kann. Ich ziehe einstweilen die Küche und den Korridor ab.“

Nach geraumer Zeit schreit er ganz außer Atem: „Quiesch, Quiesch! Komen Se doch mal her!“ Blaurot angelaufen steht Malermeister Suppengrün im Schlafzimmer und schimpft wie ein umfahloser Straßenhändler.

„Versucht noch eemal! Der Kriebel geht nich. Ich hab gar keene Puste mehr. Vielleicht ist das verdammte Luder gar verstoppt. Versuchen Sie's doch mal.“

Ich sehe mir das unscheinbare Ding an, pus das Küßelstück sauber ab und fange an zu trompeten, was das Zeug hält.

„Ich glosse, mir müssen de Farbe dünner machen!“ Ich plumpe tüchtig Wasser zu, und dann blase ich mir sämtliche Haare vom Kopfe.

„Mit dem Dinge werd nisch“, meint Fris, der mich nach einiger Zeit abgelöst hat. „Die Lungenwindsucht kann ich uff bequemere Art und Weise kriegen. Da gehört ee richtiger Sprizapparat mit Preßluft und Sprizpistole dazu. Mit dem Kriebel geht das nicht.“

Nach langem Hin- und Hergerede läßt sich Meister Suppengrün befehlen. Er telephoniert, und nach einer Stunde ist der Apparat samt Zubehör da. Er kostet ein ganz klein bißchen weniger als das 200fache des Westentaschenformats.

Und nun geht das Feuerlöschchen los. Fris pumpt, ich spritze, und Suppengrün macht den Branddirektor.

„Sie müssen mehr streuen!“ gebietet er, und ich streue mehr. Fenster, Türen und Fußboden sind schon ganz zerstreut. Wie ich aber so allmählich den Bogen raus habe, fängt der Apparat an zu spucken. Große unförmige Klere erscheinen auf der Wand.

„Herr Jesus, nee, was machen Se denn da wieder“, schreit die Firma. Der Apparat erschrickt vor Schreck und denkt: „Nu, dann nich, liebe Tante. Macht eieren Dreck alleene.“

Trotz aller Bemühungen verharrt er in Arbeitsverweigerung. Er bleibt verstopft und verstopft. Er wird auseinandergenommen und gereinigt, und weiter geht's. Nach einigen Minuten daselbe Theater.

Fris läßt den Pumpenschwengel los. Der fährt wie der Blitz in die Höhe und ihm unter's Kinn. Knackour geschlagen fest er sich parterre auf seine vier Buchstaben. Außerdem hat er sich in die Zunge gebissen.

„Hört mir bloß uff mit der gottverfluchten Sprizerei“, heult er los. Während ihm noch die Tränen aus den

Die D.D.G. Direktion rief nun den Schlichtungsau- schuss an. Bei den Verhandlungen konnten die weiter- gehenden Lohnabbauforderungen der Direktion abgewehrt werden, so daß es bei der Stundenlohnkürzung von 2 3 verblieb. Alle wichtigen sozialen Bestimmungen, wie Bezahlung der Wochenfeiertage, Krankenlohn bis zu 26 Wochen, Urlaub mit vollem Lohn bis zu 19 Arbeits- tagen, freie Fahrt auf allen Verkehrsmitteln der D.D.G., freie Dienstkleidung usw., wurden bis zum 31. März 1933 unverändert verlängert. Dieses Ergebnis ist das alleinige Verdienst einer energischen Verhandlungsführung durch die tarifbeteiligten Gewerkschaften.

Nach dem Schiedsspruch sehen die Löhne folgender- maßen aus: Angelernte erhalten 88 3, Handwerker 104, männliches Verkehrspersonal 97 und die Fahrartenaus- geberinnen 79 3 pro Stunde. Dazu kommen Frauen- und Kinderzulagen von je 2 3 pro Stunde, die bisher bis zu 44 Stunden und künftig bis zu 48 Stunden gezahlt werden. Die Fahrerzulagen für das Fahrpersonal werden in alter Höhe weitergezahlt, ebenso die Zulagen für die in der Technik Beschäftigten. Die gewerkschaftlichen Ver- trauensleute sprachen in einer Vollversammlung der Verhandlungsleitung mit 400 gegen 3 Stimmen das Ver- trauen aus. Wie nicht anders zu erwarten, ist der Streit nach wenigen Tagen völlig zusammengebrochen. Außer einer schweren Schädigung von Arbeiterinteressen wurde nichts erreicht.

Interessant ist noch, daß die Kommunisten, die die Gewerkschaftsbewegung immer als Verräter an der Ar- beiterklasse hinstellen, nunmehr selbst als solche gekenn- zeichnet werden, und zwar lautet die Überschrift eines Artikels im „Angriff“, Nazi-Organ für Berlin: „Kom- munisten würgen D.D.G. Streik ab. — R.G.D. für Lohnraub.“ So überschlagen sich die extremen Parteien im Radikalismus, wobei die eine Richtung die andere immer noch zu übertreffen sucht. Die Lehre, die jeder Kollege auch aus diesem Kampfe zu ziehen hat, ist: Stärkung der Organisation, weil sie allein imstande ist, die Interessen der Kollegen zu wahren.

Und wieder steigende Arbeitslosigkeit

Der allgemeine Arbeitsmarkt in Deutschland weist nach den letzten Veröffentlichungen der Reichsanstalt für die zweite Oktoberhälfte eine geringe Besserung auf. Während die Arbeitslosenzahl in der ersten Monatshälfte weiter angestiegen war, ist in der zweiten ein Rückgang zu ver- zeichnen, der die Zunahme zwar nicht ganz, aber doch an- nähernd wieder ausgeglichen hat. In dem ergänzenden Bericht ist vermerkt, daß sich der Rückgang mit rund 66 000 auf die überwiegend von der Konjunktur ab- hängigen Berufsgruppen beschränkt, dagegen in den Saffor- ausenberufen eine weitere Steigerung um etwa 25 000 Arbeitslose eingetreten ist. Zu diesen letzteren gehört auch unser Malergewerbe, und es hat nicht den Anschein, als ob der Segen für die Hausbesitzer aus der Notverordnung vom 5. September 1932 (50 Millionen Zuschüsse für Haus- reparaturen, eine Bürgschaftsübernahme durch das Reich bis zu 100 Millionen zu denselben Zwecken und die auf den Hausbesitz entfallenden Steuerzuschüsse in Höhe von 400 Millionen) in der nächsten Zeit wesentliche Erleichte- rungen für unsern beruflichen Arbeitsmarkt bringen werde. Wenn derartig bezugsfähige Renovierungsarbeiten bereits in Angriff genommen wurden, dann sind — zumindest bisher — keine arbeitslosen Malergehilfen eingestellt wor- den. Es ist allerdings nicht ausgeschlossen, daß sich auch hier schon früher mehrfach beobachtete Vorgänge wieder- holen, indem die Aufträge von Kleinunternehmern, zu Schleuderpreisen übernommen, mit eigenen und aus- geliehenen Lehrlingen und unter Mithilfe von Familien- angehörigen oder auch erwerbslosen Kleinmeistern fertig- gestellt werden. Jedenfalls führt die zum Teil in Aussicht genommene Bevorzugung von Kleingewerbetreibenden dazu, daß der eigentliche Arbeitsmarkt und damit auch die soziale Fürsorge keine fühlbare Entlastung erfahren. Auch

Augen kullern, fängt er plötzlich an zu lachen: „Wissen Sie, wie Sie aussehen? — Wie ein scheckiger Angorakater. — Ne, wie eine Sommerprossensee aus Vanillesoße. Ja, so sehn Sie aus.“

Auch der Chef betrachtet verschmüht meine Papageien- krankheit. Dann bohrt er die Finger in die Westentasche und meint:

„Wissen Sie, Quetsch, ich gloobe, mir missen die Brühle erst mal durchsieben.“

Nach der Mittagspause siebten wir die Bouillon durch, und dann spritzten wir mit dem Himmel um die Wette und streuten mit vollen Händen aus, daß es eine Luft war.

„Wissen Sie, Quetsch, ich gloobe, mir hätten Bronze nehmen sollen. So werd das nicht.“

Und damit es etwas wird, nahmen wir dann Bronze und streuten sie auf Wände, Fenster, Säulen und in die Luft, daß es uns vor den Augen nur so flimmerte. Ich sah nach kurzer Zeit aus wie eine mit Schmirgel blizblank abgewienerte eiserne Jungfrau aus Aluminium und Frise wollte sich halbtot lachen. Die Pistole spritzte, sprudelte, spuckte und siebte wie ein gereizter 20 Jahre alter Ketten- hund.

Meister Suppengrün verlieh uns fluchtartig. Er hätte noch eine wichtige Besorgung.

Als wir nach Feierabend aus dem Hause traten, sprühte und spritzte es noch immer. Die Himmelsprizze war noch nicht verstopft. Agergerlich spannte ich meine Mühsprizze auf und kam abermals eingeweicht nach Haus.

Ich verbrachte eine furchtbare Nacht. — —

„Wissen Sie, Quetsch, ich gloobe, mir streichen das Schlafzimmer noch einmal“, sagte andern Tags Meister Suppengrün, und dann strichen wir das Schlafzimmer noch einmal in Ei-cht- und Schattentönen und malten dann Moiree nach alter Manier, und das Zimmer wurde wirklich wunderschön.

„Was lange währt, währt um so länger.“

Quetschquintet.

Werb! Eine einheitliche, gemeinsame Werbung der gesamten Gewerkschaftsjugend führen wir durch. Es soll keinen unorganisierten Jugendlichen in Deutschland geben der unsern Ruf nicht vernimmt, keinen, dem unser Werbematerial nicht in die Hand gedrückt wird. Wir müssen überall gehört werden. Unser Kampfruf sei: „Hinein in die Gewerkschaften“, unser Motto: „Seht Lebensraum der Jugend.“

hier böte sich den beruflichen Organisationen eine dankbare Aufgabe, in verständnisvoller Zusammenarbeit nutz- bringende Werbepolitik zu betreiben.

Vorläufig hat also die Arbeitslosigkeit im Maler- und Lackierergewerbe weiter zugenommen. In 162 Filialen unseres Verbandes mit insgesamt 41 955 Mitgliedern, davon 60 weibliche, die ihre Arbeitslosmeldeliste recht- zeitig eingekandt haben, wurden am 29. Oktober 31 176 männliche und 17 weibliche, zusammen 31 193 arbeitslose Mitglieder, ermittelt. Das sind 74,3 % der Gesamtmitglieder, und bei Abrechnung der 3879 in den be- richtenden Filialen organisierten Lehrlingen, die zur Zeit der Erhebung wohl noch restlos in Beschäftigung standen, 81,9 von jedem Hundert der Gehilfenmitglieder. Die berufliche Arbeitslosigkeit ist demnach um 1,3 % höher als im Vormonat, um 2,5 % höher als zu derselben Zeit des Vorjahres, und sie übersteigt den Oktober 1930 sogar um rund 30 %. Wie katastrophal sich die Entwicklung seit Anfang 1931 gestaltete, ist aus nachstehender Tabelle zu ersehen.

Monat	Es berichteten Filialen		Mitgliederzahl in den berichteten Filialen am Schlusse des Monats		Arbeitslose Mitglieder am Schlusse der letzten Woche des Monats		Auf je 100 Vollmitglieder entfallende arbeitslose Mitglieder a. Schlusse der letzten Monatswoche	
	1931	1932	1931	1932	1931	1932	1931	1932
Januar	166	171	53 977	49 825	36 133	39 329	77,8	89,7
Februar	172	186	56 468	49 027	36 890	38 462	76,3	89,1
März	161	184	55 058	49 781	31 926	36 707	67,9	83,8
April	160	180	55 447	45 951	28 714	31 838	60,5	77,9
Mai	163	182	55 761	46 848	26 441	31 589	55,4	76,8
Juni	152	159	51 968	47 524	25 106	33 274	56,6	79,0
Juli	160	158	53 737	45 578	28 286	32 557	60,3	79,0
August	161	168	53 034	45 684	31 776	33 894	68,9	81,0
Septemb.	160	158	53 226	45 462	33 539	33 089	72,4	80,6
Oktober	167	162	51 243	41 955	35 244	31 193	79,4	81,9
Novemb.	166	—	51 171	—	37 620	—	84,8	—
Dezember	169	—	51 046	—	39 136	—	88,4	—

Der vorgeschrittenen Jahreszeit entsprechend hat auch die Kurzarbeit zugenommen. Sie ist von 3,7 auf 4 % der Gesamtmitglieder gestiegen; es arbeiteten Ende Oktober verknüpft: 1144 männliche und 7 weibliche Beschäftigte bis zu 8 Stunden, 188 männliche und 5 weibliche Beschäftigte um 9 bis 16 Stunden, 268 männliche und 7 weibliche Beschäftigte um 17 bis 24 Stunden und 67 männliche Beschäftigte um 25 und mehr Stunden die Woche. Vorausgesetzt, daß noch eine Anzahl von Bau- mältern weiter in Beschäftigung bleibt, wird sich die Kurzarbeit im November noch erheblich ausdehnen.

Nicht berührt haben die Filialen Wschaffenburg, Berlin, Friedberg, Gera, Gießen, Hamm i. W., Konstanz, Neuwied, Osnabrück, Pirmasens, Rathenow, Regensburg, Schneidemühl, Weiswasser und Wesel.

Notwendigkeit gewerkschaftlicher Jugendarbeit

Um die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Jugend- arbeit ist viel weniger gestritten worden als um die Gründung besonderer gewerkschaftlicher Jugendgruppen. Noch vor einem Jahrzehnt konnte man des öfteren der Meinung begegnen, gewerkschaftliche Jugendarbeit müsse auch ohne Errichtung besonderer gewerkschaftlicher Jugend- abteilungen geleistet und fruchtbar gestaltet werden können. Diese Auffassung war nicht zutreffend, weil man übersah, daß die bis dahin erkennbare Distanzierung der Älteren von den Jüngeren zum Nutzen geziellicher Zukunftsarbeit ohne Gruppe nicht zu überbrücken war. Die Gewerkschaften haben sich nicht lediglich mit Gegenwarts- arbeit zu begnügen, vielmehr muß in weit stärkerem Maße ihr Blick in die Zukunft gerichtet sein. Diese Er- kenntnis zieht zwangsläufig die andere nach sich, daß Zukunftsarbeit mit Aussicht auf Erfolg nur dann ver- richtet werden kann, wenn man die zukünftigen Träger gewerkschaftlichen Strebens frühzeitig mit den Methoden gewerkschaftlicher Organisationsarbeit vertraut macht, und die Jüngeren in engster Verbindung mit den Älteren aktiv an gewerkschaftlichem Zielstreben teilnehmen läßt. Das ist in unserm Zeitalter ohne gewerkschaftliche Jugend- gruppen unmöglich oder doch so fragwürdig, daß man um die Erfolge bangen müßte.

Heut ist die Erkenntnis von der Notwendigkeit ge- werkschaftlicher Jugendarbeit Allgemeingut. Heut stehen wie selbstverständlich die gewerkschaftlichen Jugendgruppen neben denen der Älteren und wie die Entwicklung lehrt, nicht zum Nachteil der Gewerkschaften, wie der Arbeiter- bewegung überhaupt. Heut findet die schulentlassene Jugend vom frühesten Zeitpunkt an Raum und Betäti- gungsfeld innerhalb der Organisation, deren Träger sie zukünftig werden soll. Damit ist von vornherein eine Bindung an die gewerkschaftliche Organisation geschaffen, deren Vorteile für Bestand und Fortentwicklung der Ge- werkschaften außer Frage stehen. Und eben weil die Bin- dung an die gewerkschaftliche Organisation so zeitig wie möglich erfolgen muß, bleibt es vordringliche Aufgabe der Gewerkschaft, Jugendgruppen zu schaffen dort, wo sie noch nicht bestehen, aber notwendig und möglich sind, die be- reits bestehenden auszugestalten und die gewerkschaftliche Jugendarbeit in jeder Weise fortzuentwickeln.

Die Jugendarbeit der Gewerkschaft hat sich darauf zu erstrecken, zunächst in der Jugend den Sinn für ge- werkschaftliche Organisation und Organisationsarbeit zu wecken. Sie ist folgerichtig fortzuführen, indem man den Jugendlichen Wert und Erfolge gewerkschaftlichen Wir- kens aufzeigt und sie nach und nach selbst zu aktiver Ge- werkschaftsarbeit heranzieht. Obwohl der berufliche

Schulung und fachlichen Qualifizierung hoher Wert bei- zulegen ist, darf doch die gewerkschaftliche Erziehung nicht zu kurz kommen. Der Pflege und Fortentwicklung des Allgemeinwissens der Jugendlichen hat die gewerkschaft- liche Jugendarbeit ebenso zu dienen wie der körperlichen Entwicklung, die durch Spiele, Wanderungen und Körper- kultur zu fördern ist.

Aber ein weiterer, nicht zu unterschätzender Umstand ist für die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Jugendarbeit von größter Beachtlichkeit: durch sachliche, systematisch aufbauende Arbeit die Jugend vom Weg der Drase auf den der Entschlossenheit zu lenken. Allein diese Aufgabe begründet hinreichend den Wert der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, der um so größer ist, je inten- siver und sorgfältiger die Gewerkschaft auf allen Gebieten gewerkschaftlicher Jugendarbeit tätig ist.

Lohnraub bringt Geschäftsrückgang

In „Die Bergbau-Industrie“, Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, Nr. 45, vom 5. November 1932 befindet sich folgende aufschlußreiche Notiz:

Gewerbetreibende gegen Lohnabbau.

Infolge der Feierschichten hat sich das Einkommen der Saarbergarbeiter innerhalb zweier Jahre um mehr als 200 Millionen Franc verringert. Durch diese Lohn- einbuße der Bergarbeiter sind der Handel und das Ge- werbe schwer in Mitleidenenschaft gezogen worden, was aus nachstehendem Schreiben des Schutzvereins für Handel und Gewerbe im Saargebiet an die General- direktion der Saargruben unterm 8. Oktober 1932 her- vorgeht:

„Betrifft Lohnabbau.“

Der augenblickliche Stand der Lohnfrage im Saar- bergbau veranlaßt uns aus tiefer Sorge um das künftige Ergehen der gesamten Saarwirtschaft zu folgenden Aus- führungen:

Die wirtschaftliche Entwicklung von Handel und Ge- werbe, namentlich in den Bergarbeitergemeinden des Saargebiets, ist nahezu ausschließlich bedingt durch die Gestaltung der Einkommenverhältnisse der im Gruben- dienst beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Es be- steht hier eine Schicksalsgemeinschaft im wahren Sinne des Wortes. Jede Schwächung des Lohnes der Ar- beiterklasse, sei es durch direkten Abbau, sei es durch Feierschichten, wirkt sich unmittelbar im Einzelhandel und Gewerbe aus. Es ist deshalb nicht zu verwundern, daß auch in Kreisen der Handel- und Gewerbetreibenden mehr und mehr Sorge und Elend Einzug halten. Viele Geschäftsleute legen sich mit Recht die bange Frage vor, was aus ihrer wirtschaftlichen und damit aus ihrer menschlichen Existenz überhaupt werden soll. Damit ist der Kreis der Betroffenen aber nicht geschlossen, denn Großhandel und Fabrikanten werden als Lieferanten selbstverständlich mit in diesen Prozeß einbezogen. Das gleiche gilt von den Gemehlen, deren Steuerkraft immer mehr schwindet.

Wir denken nicht daran, der Grubenverwaltung in ihren wirtschaftlichen Entscheidungsfähigkeiten irgendwelche Vor- schriften machen zu wollen. Was uns zu diesem Schritt veranlaßt, ist lediglich die Absicht, auf gewisse Zu- sammenhänge aufmerksam zu machen, die bei den über- wiegenden Entscheidungen auf lohnpolitischem Gebiet, wenn irgendmöglich, nicht übersehen werden sollen.“

Hier wird mit aller Deutlichkeit bestätigt, was von den Gewerkschaften immer behauptet wurde, nämlich, daß jeder Lohnabbau sich ungünstig auf die Wirtschaftslage aus- wirken muß. Das mag, weil die Bevölkerung nicht so ein- seitig wie in Teilen des Saargebiets nur aus Arbeiter- familien zusammengesetzt ist, sich nicht allenthalben im gleich starken Maße bemerkbar machen, an der bestehenden Tendenz wird aber dadurch nichts geändert. Darum liegt die Erfüllung der gewerkschaftlichen Forderung: Schluß mit jedem Lohnabbau, nicht nur im Interesse der Arbeit- nehmer, sondern auch der handeltreibenden Kreise und dar- über hinaus der gesamten deutschen Wirtschaft.

Aus dem Verbandsleben

Stolz. Die Filiale Stolz hatte die Kollegen mit ihren Frauen am 29. Oktober zu einer außerordentlichen Mit- gliederversammlung mit Ehrung der Jubilare nach dem Volkshaus eingeladen. Die Kollegen Pioch und Trep- tow konnten auf eine 25jährige ununterbrochene Mit- gliedschaft zurückblicken. Nach einem flotten Musikstück und einem mit viel Liebe und Verständnis von dem Töch- terlein unseres Kassierers vorgetragenen Prolog hielt der erste Vorsitzende die Begrüßungsansprache. Nach Worten herzlichsten Gedankens der beiden Jubilare und ihrer für die Organisation geleisteten Arbeit begrüßte er vor allem die Frauen, die mehr als alle anderen unter der Krise leiden. Lohnabbau und Kürzung der Unterstützung treffe sie besonders stark, deshalb sei ihnen die kleine Abwechslung der Jubilarfeier sehr zu gönnen. Dem Bezirksleiter, Kol- legen Hain, dankte der Vorsitzende für seine Bereitwillig- keit, die Feier verschönern zu helfen. Nach der Auffor- derung an alle Kollegen, treu zur Organisation zu stehen und den Jubilaren nachzueifern, folgte ein Mahnruf, gesprochen von Karl Pioch, und ein Vorschlag zur Jubilarfeier vom Jungkollegen Horn. Darauf hielt der Bezirksleiter, Kollege Hain, die Feierrede. In seinen einflussreichen Ausführungen schilderte er die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung und unseres Verbandes, die Schwierig- keiten des Aufstiegs der Arbeiterklasse sowie die Kämpfe, die auch von unsern Kollegen für die Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse geführt werden mußten. Ohne große Opfer sei es nicht abgegangen. Auch jetzt wieder sei die Reaktion am Werke, der Arbeiterklasse ihre Er- rungenschaften zu entreißen. Dann ehrte Kollege Hain die Jubilare auch im Namen des Verbandsvorstandes. Nachdem der Jungkollege, Kollege Gagner, beiden Jubilaren einen Rosenstrauß überreicht hatte, dankte Kol- lege Pioch im Namen der Jubilare für die Ehrung. Es

sei selbstverständlich, daß sie auch weiterhin treu zum Ver-

Genossenschaftliches

Konsumgenossenschaften und Nationalsozialismus. Landbau, Landbau im ganzen Reiche geben sich die Nationalsozialisten als die Todfeinde der Konsumgenossenschaften, und nicht selten kann man Plakate und Flugblätter lesen mit der Knallzeile: „Tod den Warenhäusern und Konsumvereinen!“

1. In einer vom Reichstagsabgeordneten Feder, dem nationalsozialistischen „Theoretiker“, im Frühjahr 1932 in Ebingen (Württemberg) abgehaltenen Versammlung erklärte er S a n d e l, Verfehr und Geldwesen als „Aufgaben des Staates“, wodurch dem mittelständischen Handel die Grundlagen seiner Existenz prinzipiell entzogen werden.

2. In einem Bericht des „Staatsanzeigers für Württemberg“ über eine am 19. März 1932 in der Stuttgarter Stadthalle stattgehabten nationalsozialistischen Werberversammlung heißt es unter anderem: „SS-Führer Himmler... entwirft dann das Programm: 1. Hebung der Landwirtschaft durch das Verbot des Kaufs ausländischer Waren und durch Ausschaltung des Zwischenhandels.“

3. „Der Völkische Beobachter“, Hitlers Leiborgan, enthielt in einer Septemberrummer des Jahres 1930 folgendes Inserat: „In allen Städten Deutschlands werden Lebensmittelverkaufsstellen errichtet. Erforderlich sind 1000 M in bar. Geboten festes Gehalt von 200 M monatlich. Ausführliche Bewerben von nur Parteimitgliedern mit Kapitalnachweis werden berücksichtigt.“

4. Die Nationalsozialisten besitzen in ihrer Reichszugemeinschaft ein mächtiges Warenhaus, und der Verbrauch der sogenannten Sturmzigaretten wird den Parteimitgliedern zu einer moralischen Pflicht gemacht. Ein Mitglied der Partei, Scherer aus Kottbus, verfaßte an die Ortsgruppen ein Schreiben, in dem es heißt: „Eine große, angelegene Zuckfabrik hat sich zum Ziele gemacht, ihre eigenen hochwertigen Erzeugnisse auf dem billigsten Wege dem letzten Verbraucher zuzuführen. Dies bedingt die möglichste Ausschaltung des Zwischenhandels, da durch diesen der Preis der Ware ganz erheblich verteuert wird.“

5. Dr. Buttman, der Vorsitzende der nationalsozialistischen bayrischen Landtagsfraktion, wurde als Mitglied des Konsumvereins München „entdeckt“. Ob ihm diese „Entdeckung“ sein Mandat gekostet hat, ist nicht bekannt geworden.

6. Dr. Fried, als thüringischer Minister „berühmt“ geworden, erklärte nach „Entdeckung“ seiner Mitgliedschaft beim Konsumverein seit dem Jahre 1922 (1), daß er in den Läden des Privathandels keine Waren hätte bekommen können!

7. „Dg.“ Graf Reventlow schrieb schon am 19. April 1930 in seinem „Reichswort“: „Wir Nationalsozialisten erblicken im Bürgertum, wie es in Deutschland ist und sein will, etwas, das verschwinden muß, zum Untergang reif ist.“

8. „Dg.“ Georg Straßer, einer der prominenten Führer, der die große nationalsozialistische Pause um die Nacht schlagen darf, erklärte am 30. März 1930 in seinem Blatt „Der Nationalsozialismus“: „Es ergibt sich für unsern Kampf der Krieg gegen das Bürgertum als Feind des deutschen Sozialismus und Saboteur der nationalen Freiheit.“

Da der Mittelstand sich in erster Linie zum Bürgertum rechnen darf, so wird er die entsprechenden Folgerungen aus den Äußerungen der führenden Nationalsozialisten zu ziehen in der Lage sein.

Sozialpolitisches

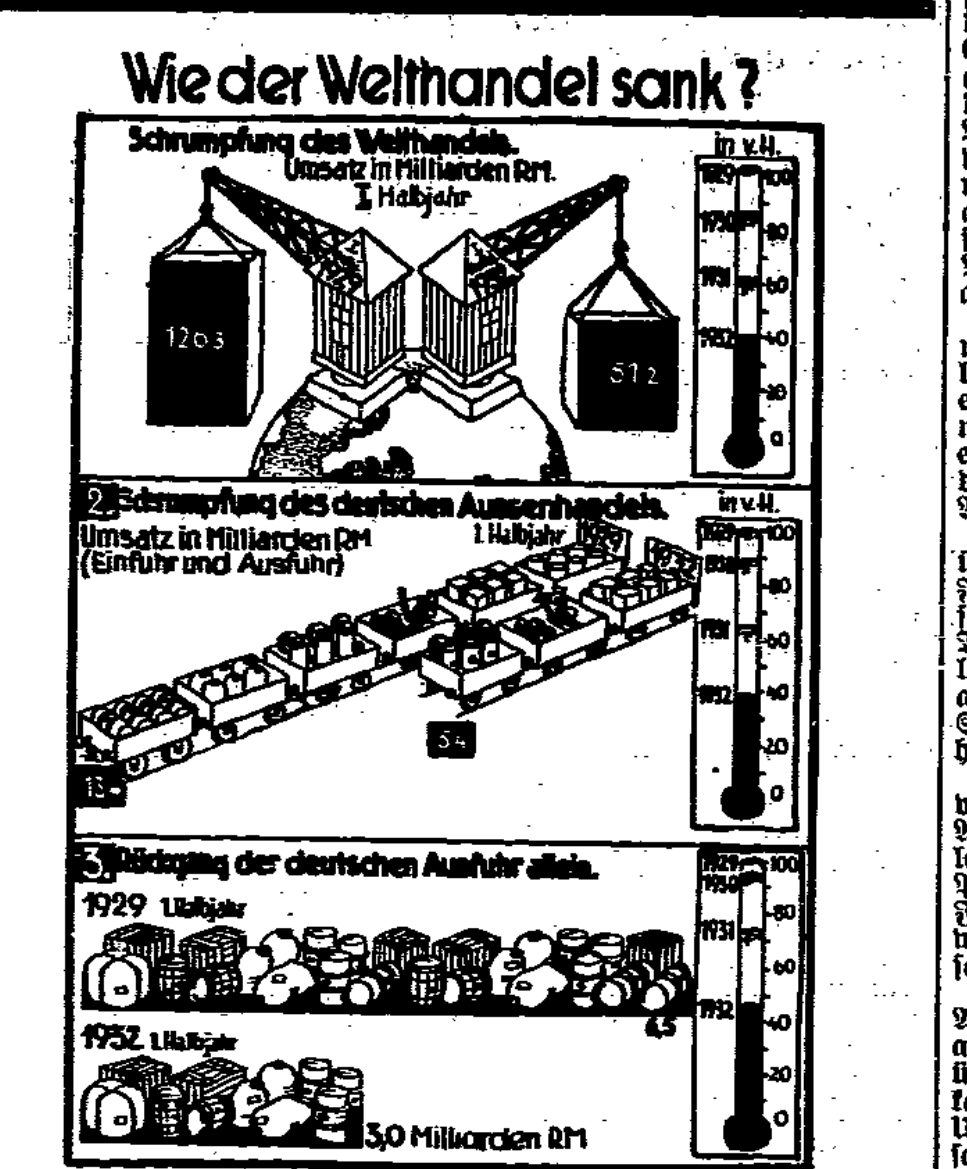
Bezieht man so die Freiwilligkeit? Manche Leute in Deutschland sind ernstlich bestrebt, die Arbeitsdienstpflicht durchzuführen. So hat der Landrat des Kreises Wittenberg die Jugendlichen aufgefordert, sich zum freiwilligen Arbeitsdienst zu melden. Im Weigerungsfall erklärt er folgendes: „Geht innerhalb einer Frist von drei Tagen die Meldung nicht ein, dann muß ich annehmen, daß Sie nicht mehr hilfsbedürftig im fürsorgerechtlichen Sinne sind. Ich werde dann prüfen, von welchem Zeitpunkt ab die Zahlung der Unterstützung eingestellt werden muß.“ Gegen diese und ähnliche Hebergriffe besonders eifriger Personen muß sich die Arbeiterklasse durch ihre Vertretungen schärfstens zur Wehr setzen.

Das deutsche Volkseinkommen. Jeder Deutsche spürt es täglich, daß sein Einkommen gegenüber den Jahren 1927 bis 1930 wesentlich zurückgegangen ist. Es gibt sogar Millionen Deutsche, bei denen

man von einem Einkommen kaum mehr reden kann. Nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamts betrug das deutsche Volkseinkommen im Jahre 1931 insgesamt 37 Milliarden Mark. Es lag um etwa 13 Milliarden unter dem von 1930 und um rund 19 Milliarden unter dem von 1929. Auf den Kopf der Bevölkerung bezogen betrug das Volkseinkommen 1931 883 M gegenüber 1190 M im Jahre 1929. Für Inlandzwecke waren im Vorjahre rund 56 Milliarden oder 868 M auf den Kopf der Bevölkerung verfügbar. Im Jahre 1929 lauteten diese Zahlen 73,6 Milliarden und 1151 M. Je Kopf der Bevölkerung wurde 1931 ein um 15 % höheres Einkommen ermittelt als im letzten Vorkriegsjahr. Aufschlußreich ist die Entwicklung des Aufbaues des deutschen Volkseinkommens. Für Lohn und Gehalt wurden in den Jahren 1928 und 1929 etwa 43 Milliarden aufgewandt. Im Jahre 1930 dagegen 39,6 und 1931 33 Milliarden. Die Lohn- und Gehaltsempfänger in Deutschland erhielten 1931 10 Milliarden weniger als zwei Jahre vorher. Mehr als jede andere Bevölkerungsschicht litten sie unter der Krise. Gestiegen ist nur ein Posten, und zwar die Summe, die für Renten und Pensionen ausgegeben wird. Sie stieg von 1929 bis 1931 von 9,2 auf 10,1 Milliarden. Im letzten Vorkriegsjahr mußten für Renten und Pensionen nur 1,4 Milliarden ausgegeben werden, also jetzt mehr als das Siebenfache. Der Posten Lohn und Gehalt betrug 1913 20,7 Milliarden. Der Mehraufwand ist auf die Zunahme der Lohn- und Gehaltsempfänger, aber auch auf Erhöhung der Löhne und Gehälter einzelner Gruppen zurückzuführen. Für 1932 werden die Ziffern über das Volkseinkommen wesentlich geringer sein. Namentlich die Einkommen der großen Masse werden weitere Verluste erleiden. Damit entscheidet sich das Wirtschaftsschicksal Deutschlands.

Europas Geburtenrückgang schreitet fort.

Die jetzt vorliegenden Zahlen über die Bewegung der europäischen Bevölkerung im ersten Vierteljahr 1932 bestätigen von neuem den engen Zusammenhang zwischen Wirtschaftskrise und Bevölkerungsbewegung. Die Zuspitzung der Krise hat in allen wichtigen europäischen Ländern weitere erhebliche Rückgänge der Geburtenziffern gebracht. In Deutschland fiel die Zahl der Geborenen im ersten Vierteljahr 1932 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 5,7 %, während in Italien im gleichen Zeitraum 5,9 % und in Großbritannien 4,2 % weniger Kinder als im Vorjahr geboren wurden. Mit nur 16 Geburten auf 1000 Einwohner gehört gegenwärtig Deutschland zusammen mit Großbritannien, Oesterreich, der Schweiz und den skandinavischen Staaten zu den geburtenärmsten Ländern Europas. Ausschließlich wegen der sehr niedrigen deutschen Sterblichkeitsziffer bleibt ein geringer Geburtenüberschuß von 4,4 % auf das Tausend der Bevölkerung zu verdanken, während die Bevölkerung Großbritanniens, das mit 15,7 Geburten auf 1000 Einwohner die niedrigste Geburtenziffer der großen europäischen Staaten aufweist, schon heute nicht mehr anwächst, die Oesterreichs und Frankreichs sogar zurückgeht. Nach wie vor bleiben die slavischen Länder, wie Polen, Rumänien, Jugoslawien, durch hohe Geburtenziffern (30 bis 35 auf das Tausend der Bevölkerung) gekennzeichnet und ebenso hat Rußland mit über 35 Geburten auf 1000 Einwohner die höchste europäische Geburtenziffer.



Der Welthandel im ersten Halbjahr 1932.

Gegenüber dem ersten Halbjahr 1931 ist der Welthandel im ersten Halbjahr 1932 um mehr als ein Drittel geschrumpft, gegenüber dem Höchststand von 1929 um fast zwei Drittel. Dabei ist aber festzustellen, daß im zweiten Vierteljahr 1932 gegenüber dem ersten Vierteljahr der Rückgang nur noch gering war, so daß also auch diesem Punkte ein gewisses Abflauen der Weltwirtschaftskrise zu beobachten ist. Das Bild gibt einen interessanten Überblick, wie sich seit 1929 der deutsche Außenhandel im Verhältnis zum Welthandel entwickelte. Man sieht, daß der Gesamtumsatz so stark zurückgegangen ist wie der Welt-handelsumsatz, daß sich aber die deutsche Ausfuhr noch etwas besser behaupten konnte. Im ganzen sieht man aus diesem Bilde, welche verheerende Wirkung die Weltwirtschaftskrise auf die internationalen Handelsbeziehungen hatte.

Wirtschaftliches

Summer weniger Frauen im Reichstag. Dem neuen Reichstag gehören 36 Frauen an gegenüber 37 im alten. Die sozialdemokratische Fraktion zählt 13 weibliche Mitglieder. Die Kommunisten entsenden ebenfalls 13 ins Parlament. Außerdem sitzen in den Fraktionen des Zentrums 5, der Deutschen Nationalen 3, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei je 1 Frau. Alle übrigen Fraktionen haben keine Frauen als Kandidaten aufgestellt. Die Nationalsozialisten stellen aus Prinzip keine Frau auf. Sie sind der Meinung, daß die Frau an den Rocktopf gehört. Im Dritten Reich soll jede Frau einen Mann bekommen. Ganz abgesehen davon, daß dies eine Frage ist, die staatlich geregelt werden kann, müßten die Nazis manchen Männern mehrere Frauen geben, weil die Zahl der Frauen größer ist als die der Männer. Trotzdem die Nazis ausgesprochen frauenfeindlich sind, haben sie Millionen Frauenstimmen bekommen.

Farbe für 47 000 Häuser. In Amerika hat man statistisch ausgerechnet, daß mit der Schminke, die in jedem Jahr von den amerikanischen Frauen verbraucht wird, 47 000 Häuser angestrichen werden könnten. Herrje, hätten da die Maler viel Arbeit.

Die Präsidentenwahl in USA. Wie in Deutschland tobte in den letzten Wochen auch in Amerika ein heftiger Wahlkampf. Es galt, den Präsidenten, den höchsten Repräsentanten des amerikanischen Volkes, zu wählen. Neben Hoover (Republikaner) kandidierte Roosevelt (Demokrat). Roosevelt hat, wie schon seit Wochen angenommen wurde, das Rennen gemacht, er ist mit großer Mehrheit zum Präsidenten gewählt worden. Das amerikanische Volk hat seinen Unmut über die furchtbare Wirtschaftskrise, in die es unter Hoovers Präsidentenschaft gekommen ist, unzweideutigen Ausdruck verliehen und wünscht eine Umkehr von den politischen und wirtschaftlichen Wegen, die Hoover wandelte. Ob sich die Hoffnungen, die sich an die Wahl Roosevelts knüpfen, erfüllen, muß die Zukunft lehren. Bemerkenswert ist noch die Zunahme der sozialistischen Stimmen um etwa das Zehnfache gegenüber der letzten Wahl vor vier Jahren.

Wirtschaftliches

Flieger über dem Eiskontinent. Seit Jahrzehnten ging das Bestreben der Menschen dahin, an den Nordpol zu gelangen. Erreicht wurde das Ziel aber erst nach vielen Opfern. Die modernsten Flugmittel, Luftschiff und Flugzeug gelangten zwar ein schnelles Fortwärtkommen, trotzdem ist das Aufsuchen der Pole noch mit ungeheuren Gefahren verknüpft. Nur durch die besten Strapazen möglich. Dabei zeigt auch das Bild, das den Vorkämpfer Admiral Byrd zum Vorfahrer hat, dem es als Erstem gelang, den Südpol zu überfliegen. Der Fester gewinnt aus den lebendigen Schilderungen des Vorkämpfers, die durch anschauliche Photos ergänzt sind, ein Bild von der Unmöglichkeit des Südpols. Die Kälte, das gewaltige Eismassiv, erstreckt sich über viele Hunderte von Meilen und erhebt sich über einhundert Meter hoch über dem Spiegel des eisigen Ozeans. Von Zeit zu Zeit lösen sich von der Barre riesenhafte Teile und fallen in das Meer, auf dem sie nun weiterschwimmen und vor allem den Seefahrern schwere Sorgen machen. Die Antarktis erweist das Fehlen feindlicher Menschen allzu reichlich durch die um so schonungslosere Wut der dämonischen Natur. In 114 Reisetagen berichtete eine Temperatur von Minus 40 Grad, an 62 Tagen 45 Grad, an 33 Tagen 51 Grad, an 3 Tagen sogar 56,7 Grad.

Das wissenschaftliche Hauptziel der Expedition Byrds war nicht, den Südpol im Flugzeug zu erreichen, sondern vom irdischen Erdteil soviel wie möglich geographisch und geologisch zu erkunden. In einem tollkühnen Wagnis, mehr als einmal dem Tode nahe, erreichte Byrd mit seinen Gefährten alljährlich den Ort, wo es nur eine Richtung gibt, nämlich die nach Norden, und folgte dem Ruhmesblitz seiner Nordpoleroberung die Ueberfliegung des Antipoden hinzu.

Die Geographen muß in dem hervorragenden Buch „Flieger über dem Eiskontinent“ besonders Byrds Nachprüfung der Forschungen Nord Amundsen interessieren. — Auch der Wirtschaftler braucht nicht verächtlich die Nase über solches arane Theorien zu rümpfen, wenn er das prächtige Buch des Admirals liest. Glaubt er wirklich, daß keine — des Wirtschaftlers — großen amerikanischen Kollegen, wie Ford, Rockefeller und andere, ihre Spenden für das Unternehmen ohne Hintergedanken gegeben haben? Die meisten Menschen glauben, Vorkämpfer führten ein Leben voller Abenteuer und Heldentaten. Wenn sie ahnten, die Armen — Byrd geht der romantischen Dufel lächelnd zu Leibe. Eine der wichtigsten und dringendsten Beschäftigungen der Vorkämpfer war während längerer Zeit das Schmelzen von Kohlen. Für manchen Teilnehmer gab es deshalb ein „faterhaftes“ Erwachen; denn in der Einbildung pflegt man das Heldentum selten mit Kohlenstücken zu verquiden. Neuordnung des freiwilligen Arbeitsdienstes. Der freiwillige Arbeitsdienst hat für die Gemeinden in letzter Zeit eine wesentlich größere Bedeutung gewonnen. Mit den neuen Bestimmungen über die Ausführung macht das neue Gesetz der „Gemeinde“ bekannt. Aktuell für die Gemeindeverwaltungen ist die juristische Unterordnung der Frage: „Wer haftet für entlassene Turnschüler?“ Ueber Näheres unterrichtet die „Gemeinde“, Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Verlag F. S. B. Dieck Nachfolger, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Vom 13. Nov. bis 19. Nov. ist die 46. Beitragswoche. Vom 20. Nov. bis 26. Nov. ist die 47. Beitragswoche.

Sterbefälle

Hamburg. Am 4. Oktober starb nach langer Krankheit der Kollege Franz Kreuzer im Alter von 60 Jahren. — Nach langer Krankheit starb am 31. Oktober der Kollege Wilhelm Voß im Alter von 21 Jahren. Er war Mitglied der Organisation seit Eintritt in die Lehre. — Unser langjähriges Mitglied, der Kollege Karl Oeding, starb am 3. November im Alter von 68 Jahren.

Ehret eurem Andenken!